

Bezugspreis: Die 6 wöchentlich bei zweimonatlicher Aufstellung 6.00 Mark, vierteljährlich 18.00 Mark, durch die Post 18.00 Mark, auswärts Aufschlaggebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Um amtlich, Zeitungsverzeichnis unter Couvert-Zahlung eingetragene, für unentgeltlich eingehenden Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Hochdruck nur mit der Quellenangabe „Zeitung“ gestattet. Ferner der Geschäftsverteilung Nr. 1140, der Anzeigen-Nr. 1418 u. 7411, der Beilage-Nr. 1133.

Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 6 wöchentlich 24 mal breite Millimeterzeile oder deren Raum 50 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mal breite Millimeterzeile 2.00 Mark. Anzeigen nach anderen weiteren Geschäftsbedingungen. Familienanzeigen: Erfüllungsort: Halle. Erscheinungstage: 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Geschäftsleitung und Druckerei: Verleger: Galle, Neue Promenade 13, Dr. Draubausstr. 17. Neben-Druckerei: Große Ulrichstraße 32 und Markt 24. Postfach-Nr. Leipzig Nr. 4609.

Nr. 229.

Halle, Mittwoch, den 19. Mai 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Ein Bolschewisten-Komplot in Paris.

Paris, 18. Mai. Wie das „Journal“ mitteilt, glaubt der Untersuchungsrichter auf Grund von beschlagnahmten Papieren eine revolutionäre Organisation zur Errichtung einer Sowjetrepublik entdeckt zu haben. In dieser Organisation seien drei Gruppen beteiligt, die heißt Internationaler Komplot, die kommunistische Partei und die kommunistische Föderation der Sowjets. Diese drei Gruppen hätten untereinander in Verbindung gestanden. Der Untersuchungsrichter glaubt, daß eine Anzahl führender Persönlichkeiten an der Entwicklung des Unternehmens nicht unbeteiligt sei. Auf Grund dieser Entscheidung erfolgte die gefällige Verhaftung von Personen. Unter den Verhafteten befinden sich der Sekretär der Sowjetföderation, Cheong, der Literaturprofessor Charvonn, der bereits gefangen genannte Souvaris und der Geschäftsführer der „Wie Europe“, Hitenberger.

Verhaftungen von Anarchisten in Frankreich.

Paris, 18. Mai. Am Montag wurde der Redakteur des „Journal du Peuple“ und des „Populaire“, Souvaris, verhaftet. Eine bei ihm vorgenommene Hausdurchsuchung führte zur Beschlagnahme zahlreicher Dokumente und einer umfangreichen Korrespondenz mit der Schweiz und Holland. Souvaris, der 1892 in Kiew geboren ist, ist des Vergehens gegen die Sicherheit des Staates und anarchistischer Antriebe angeklagt.

Paris, 18. Mai. Gestern wurden sechs Mitglieder des anarchistischen Verbandes verhaftet wegen der Herstellung eines Plakates, das das Militär zum Ungehorsam und Todschlag auffordert.

Paris, 18. Mai. Nach heute vorliegenden Nachrichten scheint der Streik in ganz Frankreich abgenommen zu haben.

Die Kämpfe in Londonderry.

Paris, 18. Mai. Havas meldet aus London: Ueber die Ereignisse, die sich in der Nacht zum Sonntag in Londonderry (Irland) ereigneten, meldet das englische Blatt „Globe“ folgende Einzelheiten: Vier Stunden lang wurde in den Straßen von Londonderry gekämpft, wobei ein Nachmittags getötet und ein anderer verwundet wurde. Die Anarchisten und die Sinnfeurer besetzten zwei Wachen der Stadt und beschoßen sich gegenseitig. Da sich die Polizei zurüdgezogen hatte, wurden zahlreiche Schaufenster und Ladenfronten eingeschlagen. Kurz nach Mitternacht erstiegen die mit Gewehren ausgerüstete Polizei wieder auf dem Schauplatz und verhaftete alle wesentlichen Personen.

Londonderry, 18. Mai. Am Sonnabend Abend begann hier von neuem Unruhen. Ein ehemaliger Soldat wurde getötet, mehrere Personen verletzt. Die Polizei mußte sich aus dem gefährlichen Gebiet zurückziehen.

Rotterdam, 18. Mai. Laut „Times“ hat am Sonnabend ein Kongreß der Sinnfeurer in Rosconian beschlossen, daß Räubereien, die nicht hinreichend befriedigt sind, den Bestehen fortgenommen werden sollen. Im Kroatien mit Gewalt.

London, 18. Mai. Reuters. In Bantry (Irland) sind 2000 Soldaten gelandet worden, um über die Gräfschaft Cork verteilt werden. Polizei und 100 Soldaten verhinderten erste Ereignisse.

Polen, der Hahn im Entente-Korb.

Wien, 18. Mai. Nach Mitteilungen des polnischen Gesandten Savata an Pressevertreter hat der polnische Minister des Äußeren Ratol auf einer Reise nach Paris, San Remo, am 18. Mai den letzten Entente-Gesandten ein volles Verständnis für die polnische Haltung gegenüber Sowjetrußland gefunden. Der polnische Kommando sei als notwendige Abwehrmaßnahme gewürdigt worden. In der Danziger Frage wird dem polnischen Verlangen nach Durchführung des Versailles Friedens Rechnung getragen werden. Günstig fällt auch die Frage Freigabe der deutschen Sicherheitswehr im Abstimmungsgebiet und die Regelung der Kohlenfrage. Zur Konferenz in Spa würden Vertreter Polens zugezogen werden.

Die Pariser deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin, 18. Mai. Die seit Mitte April in Paris abgewendeten deutsch-polnischen Verhandlungen sind in den Unternehmungen schon gefördert worden, daß sie für die abschließenden Erörterungen im Rahmen der Delegationen reif sind. Zur Verhandlung der von Deutschland angeregten Regelung des Durchgangsverkehrs mit Ostpreußen und der Sicherstellung der den Ostpolen durch den Friedensvertrag gewährleisteten staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte haben sich die Polen bisher nicht bereit gefunden, während die alliierten Großmächte die Notwendigkeit einer schleunigen vertraglichen Verkehrsregelung durch den sogenannten polnischen Korridor anerkannt und auch Verständnis für die deutsche Auffassung gezeigt haben, daß die Verbindung der Ostpolenfrage als äußerst dringlich anzusehen sei. Es ist anzunehmen, daß die Verhandlungen über beide Fragen bald gemeinsam mit den Erörterungen über die anderen Punkte abgeschlossen werden.

Ein Rekrut der Verhandlungen in Sythie.

Berlin, 18. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) In politischen Kreisen behauptet man, daß die Schlussklärung über Willerrands Zusammenkunft mit Lloyd George in Sythie für

Deutschland keine bestimmte Aussicht auf Befreiung aus seiner wirtschaftlichen Notentzählt. Dieser ungünstige Eindruck wird erhöht durch Meldungen Pariser Blätter, wonach sich Willerrand in der Rolle eines wirtschaftlichen Diktators gegen Deutschland gefühlt. Man verkennt nicht den Vorteil, den die rechtsstehende Opposition daraus zu ziehen vermag, aber man ist sich doch darüber klar, daß England und Frankreich bei ihren Plänen für die Finanzierung des neuen Europas die Rechnung ohne den Wirt machen werde, wenn es ihnen nicht gelingt, eine weitgehende Kreditbereitschaft Amerikas herbeizuführen.

Neuerliche Beratungen in Ostende.

Paris, 18. Mai. Nach einer Londoner Meldung des „Zeit Journal“ werden Lloyd George und Willerrand sich Anfang Juni höchstwahrscheinlich wiederum, und zwar in Ostende, zu einer Beratung zusammenfinden.

Die Lage im fernem Osten.

Saag, 18. Mai. „Morning Post“ schreibt in einem Zeitartikel: Jetzt, wo der Staat Armenien offen und wehrlos vor den Bolschewisten liegt, ist der Zustand im Osten noch ernstlicher geworden. Die türkischen Delegierten werden zweifellos den Friedensvertrag unterzeichnen. Aber wie er durchgeführt werden soll, ist fraglich. Mustafa Kemal Pascha beherrscht in Anatolien eine Macht, mit der gerechnet werden muß. Eines Pascha steht mit 20 000 türkischen Angehörigen im Kaukasus und findet viel Unterstützung bei den Kurden. Der Einfluß der Russen erstreckt sich bis an den Euphrat und Tigris. Die Bolschewisten werden kein Propagandamittel verschmähen, um ihren Einfluß dort zu verfestigen und feindliche Handlungen gegen die Westmächte herbeizuführen.

Verweigerter Kriegsmaterialbesorgung in Italien.

Mailand, 18. Mai. (Drahtnachricht.) Die Eisenbahnen von Brescia weigern sich, einen von Frankreich kommenden Zug mit Kriegsmaterial, der nach Baruffo bestimmt war, weiterzuleiten, da es sich um Kriegsmaterial handele, das zum Kampf gegen Sowjetrußland verwendet werden soll.

Das Reichsnotopfer.

Berlin, 18. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Die Grundzüge über die Beanspruchung zum Reichsnotopfer werden nächstens im Laufe der nächsten Woche bekanntgegeben werden. Zurzeit bilden sie noch den Stoff von Beratungen im Reichsfinanzministerium.

Kein Austausch deutschen Hafers gegen Auslandsroggen.

Berlin, 18. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) In einer Pressenotiz war kürzlich behauptet worden, die Reichsgetreidestelle beabsichtige, Hafer gegen Auslandsroggen einzutauschen, und sie taufe zu diesem Zwecke bereits Hafer auf. Hierzu ist zu sagen, daß die Reichsgetreidestelle zwar begehren habe, in einzelnen Fällen für nicht abgelieferte Futtermittelmengen die Maß 1/2 Ha der Reichsgetreidestelle vorzulegen, daß jedoch die Annahme, die Regierung beabsichtige einen Austausch nach dem Ausland einzuleiten, unzutreffend ist.

Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel.

Berlin, 18. Mai. Das Reichsgezeck über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel vom 11. Mai ist in Nummer 107 des Reichsgezeckblattes erschienen. Unter Ziffer 3 werden die Höchstmietverordnungen, sowie die Verbodnung, daß Klammungsverträge und die Durchführung der Zwangsversteigerung der Zustimmung des Mietvermittlungsamtes bedürftig, ausdrücklich bestätigt, ebenso das Recht zur Wohnungsbeschlagnahme.

Keine Auflösung der bayerischen Reichswehr.

Berlin, 18. Mai. (Drahtnachricht.) Zu der Meldung des „V. A.“ über die angeblich bevorstehende Auflösung der bayerischen Reichswehr wird von zuständigen Stellen mitgeteilt, daß die Meldung durchaus unzutreffend ist.

Heimkehr aus Rußland.

Berlin, 18. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Die unter Nauens Leitung stehende Organisation der Heimkehrer deutscher, österreichischer und ungarischer Kriegsgesangener aus Rußland ist so weit geblieben, daß täglich etwa 500 Kriegsgesangene von Rußland an der finnischen Grenze über Schweden einreisen. Dort werden auch die Gefangenen, und zwar nicht nur die deutschen, sondern auch die deutsch-österreichischen und die Gefangenen der anderen Entente-Staaten der Habsburger Monarchie von der dortigen entfalteten deutschen Kommission übernommen.

Politischer Mord.

Wien, 18. Mai. (Oberschl.) 18. Mai. Der „Volkswille“ in Gleiwitz meldet aus Althorn im Kreise Neß: Gestern Abend wurde der sozialdemokratische Parteisekretär Kroczel durch einen Schuß in den Rücken ermordet, daß er bald darauf seinen Verletzungen erlag. Der Mord ist von großpolnischer Seite aus geschehen.

Der hinkende Völkerbund.

Die Frage eines Bundes der Nationen geht schon Jahrhunderte zurück. Schon Emmanuel Kant und Hugo Grotius sind diesem Gedanken in ihrer philosophischen und juristischen Schriften nähergetreten. Die Ansichten über die Wirksamkeit eines aller Völker umspannenden Bundes gleichen sich demnach naturgemäß aneinander; sowohl Verfechter der Nützlichkeits- als auch der Gerechtigkeitstheorie haben sie nur theoretisch, aber nicht praktisch die Grundlagen für Ausgestaltung kriegerischer Verwicklungen durch Einigung friedliebender Völker gefunden. Wie aber der Aufbau des Völkerbundes auf praktischen Grundlagen zu erfolgen hat, darüber sind sich schon die Gelehrten des Aufklärungsalters nicht einig gewesen. Im Allgemeinen gab es in dieser Hinsicht eher ein Zwielf als ein Ja. Heute ist man nach den Erfahrungen des Weltkrieges dahin gekommen, eine zwischenstaatliche Organisation zu schaffen, die mit einer völkerrechtlichen Schiedsinstitution an der Spitze, feste Gestalt anzunehmen beginnt.

Durch die abschließende Fassung des amerikanischen Senats, die die Vereinigten Staaten in einem ersten Entschluß gegen die im fernen Osten der Entente gebildet haben, ist unter Vorkenntnis dafür gesichert worden, daß der Völkerbund nicht das ist, was er sein soll. Selbst das Abstimmungsresultat in der Schweiz und der Beitritt anderer kleiner Staaten darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Völkerbund, wie er durch den Versailles Vertrag geschaffen worden ist, nur ein hinkender Bote des fünfjährigen Völkerfriedens ist. Wenn es dafür eines Nachweises bedürftig wäre, so ist es durch die Tagung des Völkerbundes in Genèva, der Entwurf eines fähigen internationalen Gerichtshofes bekräftigt worden. Das Ergebnis dieser Tagung ist, soweit wir sehen können, durchaus negativ gewesen. Es heißt da, daß der Meinungsaustrausch über die armenische Frage demnach zu keinem Ergebnis geführt hätte und daß nun Besprechungen zwischen Völkerbund und Obersten Rat erfolgen müßten. Die Wünsche des bis heute noch außerhalb des Völkerbundes stehenden Deutschen Reiches die Abstimmung in Genèva-Malmeby betreffend, stehen ansehnend auf formelle Bedenken des Obersten Rates, der ein Einverständnis nun dann in Aussicht stellt, wenn ihm die Ergebnisse der Abstimmung vorliegen. Anders Erhebtes besteht für den Völkerbund schon heute die unabweisbare Pflicht, durch wirksame Maßnahmen dafür zu sorgen, daß die Durchführung einer unbeeinträchtigten Abstimmung gewährleistet wird. Die Stellungnahme des Völkerbundes jedoch steht einen solchen Schritt in keiner Weise entgegen. Die Verhandlungen in Malmeby lassen immer deutlicher erkennen, daß die Belgier sich keinen Vorkommnis in der Sache erlauben, die einem angemessenen Völkerbund entsprechen. Sie sind jetzt dazu übergegangen, alle Personen, die nach dem August 1914 in die Kreise gezogen sind, auszuweisen, obwohl dieser Schritt zu dem örtlich gültigen Recht und verbindlichen Bestimmungen des Friedensvertrages in Widerspruch steht. Das Reich hatte demgegenüber nur die Möglichkeit, an den Völkerbundrat zu appellieren. Leider mit negativem Erfolg. Die Faltung des Völkerbundes in dieser Frage wie in anderen ist bezeichnend. Sie deckt sich zurzeit vollkommen mit den Zielen der Entente.

Das ist auch gar nicht zu verwundern, solange neben dem Völkerbund ein Oberster Rat bestehen bleibt. Beide Institute müssen einander bescheiden zu lassen, ist ein gleiches. Entweder Völkerbund oder Herrschaft der Entente. Entweder Unparteilichkeit oder Zwecklosigkeit. Daß bis zum heutigen Tage allein die Interessen der Siegerstaaten im Vordergrund stehen, vermag nur ein unverbesserlicher Unflutist zu verkennen. Gerade wer den demokratischen Gedanken auch im Leben der Völker und in ihren Beziehungen zu einander vertritt, kann sich mit dem Völkerbund nicht einverstanden erklären, wenn er eine Verhinderung der Völker im Rahmen einer vertrauensvollen Verständigung über kritische Fragen eintritt, kann sich mit einem hinkenden Völkerbund, wie er uns heute noch in die Augen springt, nicht einverstanden erklären. Ein Völkerbund, der nur eine Ansammlung von Staaten in sich schließt, von denen die einen bestehen und die andern sich unterwerfen, der keine Mission mit geeigneten Karten spielt, und der vollends sich Entscheidungsbeugnisse über die Interessen von Staaten anmaßt, die noch keine Mitglieder sind und noch kein Mitwirkungsrecht haben, ist ein lebensunfähiges Gebilde.

Man verusche nicht, den schönen Gedanken, der einem Bunde der Völker innewohnt, dadurch zu diskreditieren, daß man auf den geltenden Völkerbund von Willerrands und Lloyd Georges Gnaden verweilt. Dem Völkerbund anzuhängen, ist keine Hypothese. Es ist im Gegenteil für Deutschland die einzige Möglichkeit, um seine Rechte wahrzunehmen. Wären die deutschen Gegner des Völkerbundes so offen, wären sie sagen, die Politik von Versailles über Frankfurt nach Sythie sei ein Sohn auf demokratische und pazifistische Erwartungen. Demgegenüber wollen wir nicht aufgeben in unserm eigenen Interesse für den entlichen Sieg der Vernunft und der Gerechtigkeit zu wirken.

Politische Prohibitiv.

Wir konservativen sind doch die wahren Patrioten seiner Majestät des Kaisers. Wenn die Sache hart auf hart kommt, dann werden wir bei

